

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 115 (1989)
Heft: 7

Artikel: Setzt öffentliche Verwaltung bald auf Milizbeamte?
Autor: Gerteis, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-600261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Setzt öffentliche Verwaltung

VON MAX GERTEIS

Es ist schon eine arge Misere mit den öffentlichen Diensten. Dies wie immer ganz im positiven Sinne. Ich bin ja wirklich einer der allerletzten, die in unserer geplagten Verwaltung ausschliesslich Negatives würdigen wollten. Nein, überhaupt nicht. Unsere Beamenschaft wird nämlich heutzutage im Gegensatz zu früher arg gebeutelt. Es herrscht *Beamten-Notstand*.

Kein Tag vergeht, ohne dass einer unserer hohen Volksdiener beklagen muss, dass sein Departement die verlangte und vom Souverän erhoffte Dienstleistung leider nicht mehr erbringen könne. Weil das Personal ganz einfach nicht vorhanden sei, um das enorme Arbeitspensum zu bewältigen. Deswegen – und allein deswegen – sei man so arg im Rückstand. Und wie recht die wackeren Leute haben! Wir sehen es selber alle Tage, wenn wir nur die Augen offenhalten.

Die PTT zum Beispiel. Sie mussten zu ihrem Leidwesen vor nicht so geraumer Zeit auf die zweimalige Postzustellung pro Tag verzichten. Kein Personal. Also musste die Arbeit halbiert werden. Post nur noch am Vormittag. Stellen Sie sich vor, Sie dürften plötzlich nur noch halbtags arbeiten. Unvorstellbar, was hier gelitten wird. Und jetzt schafft man auch *das* bald nicht mehr.

Trinkgeld für staatsbewusste Primarschüler

Aber wer in Not ist, dem wird geholfen werden. Wie weiland bei Sempach die Schweizer Mannen hinter Arnold Erni (auch unter dem Künstlernamen Struthan Winkelried bekannt) in die Bresche sprangen, so füllen heute staatsbewusste Primarschüler gegen ein Trinkgeld die Bresche, die der Personalmangel in das Heer der Pöstler geschlagen hat. Tapfer verteilen sie bei Wind und Wetter die Zeitungen, Heftli und Prospekte, die sonst auf der Post zu einem unbewältigten Papierberg von unerhörtem Ausmass anschwellen würden.

Oder nehmen Sie den Zoll. Keine Leute, um die anreisenden Heroinschmuggler und einreisewilligen Asylbewerber an der Grenze zu begrüßen, wie es für ein Ferienland wie die Schweiz schicken würde!



JÜRIG FURRER

bald auf Milizbeamte?

Man muss sich wegen Personalstopps darauf beschränken, den kleinen Grenzverkehr zu regulieren. Man spielt sozusagen mit einer Rumpfmannschaft.

Statt die kapitalen Böcke auszusondern, muss man der Mama Schweizer das herrliche, über das Erlaubte hinausragende, ach so billige Stück Kalbsbraten von jenseits der Grenze bezollen. Oder das nette Kleiderstöffchen, von dem sie das Doppelte mitgebracht hat, weil es so unerhört günstig war. Man kann aus den vergränten Gesichtern der Zöllner sehen, dass sie es nicht gern tun. Sie würden wirklich lieber die *grossen* Betrüger fangen.

Diener waren schon immer unterbezahlt

Doch was hilft da solches Reden! Man würde die nötige Aufstockung gar nicht bewerkstelligen können, weil Jobs bei der Privatwirtschaft infolge höherer Bezahlung begehrter sind. Die Privatwirtschaft kann das. Sie ist eben nur auf den eigenen Profit ausgerichtet, während die Amtswirtschaft ausschliesslich dem Wohle des Volkes dient und daher ständig pleite ist. Diener waren seit jeher unterbezahlt! Gott sei dank ist nun die längst fällige Lösung gefunden. Der von einem weitsichtigen Bürgerrat eingebrachte Vorschlag bringt uns den *Miliz-Verwaltungsdienst*.

Die Idee ist, wie alles Geniale, verblüffend einfach. Wie wir den *Milizsoldaten* haben, werden wir jetzt den *Milizbeamten* inaugurieren. Wie der Schweizer (und die Schweizerin?) den Militärdienst leistet, wird er auch seinen Amtsdienst zum Wohle des Vaterlandes versehen. Periodisch. Nach dem bewährten Vorbild des Militärs.

Neben dem Militärdienst wird eine gleiche Anzahl von Diensttagen im Verwaltungsdienst zu leisten sein. Das Schweizerische Verwaltungs-Dienstgesetz (SVDG) wird alle Belange dieses Dienstes regeln. Es ist in Ausarbeitung. Art. 1 ist schon fertig: «Dienstverweigerung wird mit Gefängnis nicht unter 30 Tagen bestraft.»

Das SVDG hat zum Ziel, die Beamten-schaft zu entlasten und andererseits dem breiten Volk die Notwendigkeit des Verwaltungsapparates näherzubringen. Ein

Heer von Hilfskräften wird den überlasteten Beamten zur Verfügung stehen, die endlich aufatmen dürfen. Endlich auch einmal ausruhen und die Arbeit etwas gemüthlicher nehmen! Wie in der Privatwirtschaft.

Genügend unangenehme Posten

Schon bei der Aushebung der Militär-rekruten springen die enormen Vorteile des neuen Systems ins Auge. Ein Militärdienst-verweigerer wird einfach den doppelten Verwaltungsdienst ableisten. Er kann aus Gewissensgründen den Dienst im EMD und angegliederten Ämtern verweigern. Es sind genügend andere unangenehme Posten vorhanden.

Die Zuteilung an die verschiedenen Amtsstellen könnte wie beim Militär sehr liberal erfolgen (Inhaber eines Töffli-Ausweises zur Leopard-Fahrer-ausbildung, Berufschaffteure zu den Radfahrern). So wird ein Diplom-Buchhalter sicher den Plausch haben, im WK in einer Kläranlage zu arbeiten. Ihm, dem Bürohocker, wird die frische Luft guttun. Niemand wird sich mehr freuen, in einem Polizeiauto mit 200 km/h über die Autobahn zu blochen, als ein Coiffeur, der gerade seinen Fahrausweis gemacht hat. Schweisser und Schlosser könnten mit Vorteil in den Kantonalbanken eingesetzt werden, um sich auf dem Gebiet von Panzerschränken weiterzubilden. Und so weiter. Der Möglichkeiten gibt es unzählige.

Der gute Einfluss des neuen Dienstes auf das gesamte Bürgertum ist vorauszusehen. Die Bereitschaft im Volk, ein amtliches Formular auszufüllen, wird laut Poll-Institut auf 86 Prozent ansteigen – heute beträgt sie 12 Prozent, was etwa dem Anteil von Beamten an der Wohnbevölkerung entspricht.

Die Initianten des Miliz-Verwaltungsdienstes verweisen auch auf die enorme Wichtigkeit, die das neue Gesetz bei einer eventuellen Annahme der Initiative auf Abschaffung der Armee gewinnen würde. Was undenkbar ist, seit der SPS-Vorstand mit der bequemen Mehrheit von einer Stimme, *Her Master's Voice*, sich nun auch für die Beibehaltung der Armee entschied.

Aber immerhin, ein Ersatzdienst wäre vorhanden. Man muss doch die Leute irgendwie unter Kontrolle haben.

Ein ernsthafter Widerstand könnte der Verwaltungsvorlage nur durch die notorischen Alternativler, Nonkonformisten und andere Aussteiger erwachsen. Die haben eine krankhafte Abneigung gegen jedwede Amtstätigkeit. Sie wollen – so sagen sie in anmassendem Ton – lieber etwas Gescheites tun.

Und dann war
da noch ...
... der träge Maurer,
dem der Arzt
Aufbaustoffe
verschrieb. am

Briefträger ...
... sollten keine feuchten
Umschläge
machen. am

Kompromiss ...
... ist die letzte Möglichkeit,
wirkliche Arbeit zu
vermeiden. to